Stand: 15.12.2025 20:04:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7274

"Coburger Bürgerentscheid ernst nehmen - Flächenverbrauch reduzieren! Keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7274 vom 26.06.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8209 des WI vom 09.07.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 20.10.2015
4. Beschluss des Plenums 17/8712 vom 28.10.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.06.2015 **Drucksache 17/7274**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Kerstin Celina, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Coburger Bürgerentscheid ernst nehmen – Flächenverbrauch reduzieren! Keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die der Region Coburg in Aussicht gestellte Zuschussförderung zu den geplanten Investitionen für die Ansiedlung eines neuen Verkehrslandeplatzes von bis zu 50 Prozent beziehungsweise bis zu einer Höchstsumme von 15 Mio. Euro zurückzuziehen.

Begründung:

Mit überwältigender Mehrheit haben sich am 14. Juni 2015 die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Coburg per Bürgerentscheid gegen den geplanten Verkehrslandeplatz am Standort Meeder-Neida ausgesprochen. Mehr als zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler, 68,9 Prozent, stimmten für den Austritt des Landkreises aus der Projektgesellschaft VLP Coburg GmbH. Nachdem sich die Menschen vor Ort deutlich gegen den neuen Verkehrslandeplatz ausgesprochen haben, sollte der Freistaat auch keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg zur Verfügung stellen.

Für einen Neubau eines Verkehrslandeplatzes am Standort Meeder-Neida gibt es keinen erkennbaren und nachgewiesenen Bedarf, der die Eingriffe in Schutzgüter wie Boden, Landschaft, Grundwasser, landwirtschaftliche Nutzbarkeit, Arten und Schutzgebiete und die Immissionen wie Lärm oder Schadstoffe rechtfertigen könnte. Die Region Oberfranken-West ist bereits ausreichend an den Luftverkehr angebunden. Mit dem bestehenden Verkehrslandeplatz Brandensteinsebene hat Coburg einen ausreichenden Flugplatz, der nötigenfalls sogar noch weiter ertüchtigt werden könnte. Der Neubau eines Verkehrslandeplatzes würde zu enormen Eingriffen in die landwirtschaftlichen Strukturen führen und es würden erhebliche Steuergelder in eine klimaschädliche Verkehrsinfrastruktur fehlinvestiert, die dann für nachhaltig umweltgerechte Verkehrsmittel fehlen. Darüber hinaus sind die Bau- und Planungskostenschätzungen erheblich zu niedrig angesetzt und unseriös, die Finanzierung ungesichert, die kommunale Beteiligung und staatliche Beihilfen unzulässig.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.07.2015 **Drucksache 17/8209**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**7274**

Coburger Bürgerentscheid ernst nehmen - Flächenverbrauch reduzieren! Keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Markus Ganserer**
Mitberichterstatter: **Jürgen Baumgärtner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 9. Juli 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Ihrer Addition außen vor gelassen. Das sind reine Landesmittel.

Wenn man hinzunimmt, dass wir die allgemeine Wohnraumförderung noch einmal um weitere 50 Millionen Euro aus der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt aufstocken und außerdem die 59,1 Millionen Euro verwenden, die nun vom Bund zur Verfügung gestellt werden, dann sind wir bei der allgemeinen Wohnraumförderung schon im kommenden Jahr bei 401 Millionen Euro. Zusammen mit den 150 Millionen Euro, die wir in dem Sonderprogramm für die Kommunen und Kirchen zur Verfügung stellen, liegen wir damit, mit Verlaub, schon bei 550 Millionen Euro für das kommende Jahr, für 2016. Davon stammen wohlgemerkt 120 Millionen Euro vom Bund und 430 Millionen Euro vom Freistaat Bayern. Das bitte ich bei der Gesamtbetrachtung zu würdigen, auch wenn man die Zahlen damit vergleicht, wie die zweifellos üppigen Wohnraumprogramme beispielsweise vor 25 Jahren ausgestattet waren. Damals war der Anteil des Bundes deutlich höher.

Ich glaube, dass wir jetzt schon einen Kraftakt unternehmen, indem wir ein Programm vorlegen, mit dem wir immerhin im Bereich der staatlich mitfinanzierten und geförderten Wohnungen zusätzlich zu den 2.000 Wohnungen, die die Staatsbediensteten-Wohnungsbaugesellschaft und das Siedlungswerk Nürnberg bauen wollen, insgesamt auf über 28.000 neue Wohnungen in den nächsten vier Jahren kommen.

Wohlgemerkt: Wir setzen weiterhin darauf, dass die Mehrzahl der Wohnungen generell Jahr für Jahr auf dem freien Wohnungsmarkt gebaut wird. Dazu brauchen wir die steuerlichen Anreize, und dazu ist es wichtig, dass, wie ich hoffe, in den nächsten Wochen auch in dieser Hinsicht in Berlin die richtigen Entscheidungen fallen. Insgesamt ist das, glaube ich, ein wirklich wuchtiger Wohnungspakt. Die Kommunen müssen – das will ich nicht verhehlen – noch dazu beitragen, dass insbesondere in den Ballungsräumen deutlich mehr Bauland ausgewiesen wird; denn es gibt bereits heute viele Investoren, die sagen: Wir wollen ja gerne investieren, aber wo bitte sind die bebaubaren Grundstücke? - Das muss auf jeden Fall in den nächsten Monaten noch hinzukommen. Da brauchen wir eine Offensive, da brauchen wir Bebauungspläne, die nicht fünf Jahre benötigen, bis sie in Kraft treten, sondern da müssen alle Kommunen und staatlichen Genehmigungsbehörden noch enger zusammenwirken und noch rascher arbeiten; denn ohne Bauland wird das Ganze nicht so wirksam werden, wie es wirksam werden könnte.

Ich bitte um Unterstützung für dieses wuchtige Programm. Ich glaube, dass wir uns damit sehen lassen können. Für gute Vorschläge, was wir noch schneller und noch besser machen können, sind wir selbstverständlich offen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön, Herr Staatsminister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aussprache ist damit geschlossen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich Ihnen kurz den weiteren Verlauf der Sitzung bekannt. Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass der Tagesordnungspunkt 7 ohne Aussprache gleich abgestimmt wird. Außerdem werden die Tagesordnungspunkte 9 und 10 verschoben. Ob sie im nächsten Plenum drankommen, ist noch nicht geklärt. Sie werden zunächst einmal nur abgesetzt. Tagesordnungspunkt 11 wird verschoben auf den 28.10., sodass wir jetzt nur noch gleich über den Tagesordnungspunkt 7 abstimmen und zum Tagesordnungspunkt 8 noch eine Debatte haben werden.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8418 – das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER, über den in einfacher Form abgestimmt wird –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das sind die Fraktion der CSU und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Danke schön. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8441. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.32 bis 20.37 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaals aus und fahren in der Tagesordnung fort.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8419 bis 17/8424 und 17/8442 und 17/8443 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.10.2015 **Drucksache** 17/**8712**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Kerstin Celina, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**7274**, 17/**8209**

Coburger Bürgerentscheid ernst nehmen – Flächenverbrauch reduzieren! Keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Markus Ganserer
Abg. Jürgen Baumgärtner
Abg. Bernhard Roos
Abg. Jürgen W. Heike
Abg. Thorsten Glauber
Staatsminister Joachim Herrmann

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Coburger Bürgerentscheid ernst nehmen - Flächenverbrauch reduzieren! Keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg
(Drs. 17/7274)

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Ganserer steht schon am Rednerpult. Bitte sehr, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bestehende Verkehrslandeplatz Coburg-Brandensteinsebene verfügt über eine dauerhafte Betriebsgenehmigung und könnte gegebenenfalls auch noch ertüchtigt werden.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Dadurch ist die Region Oberfranken-West ausreichend an den Luftverkehr angeschlossen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes an dem Standort Meeder-Neida gibt es keinen erkennbaren und nachgewiesenen Bedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Gegen den Neubau sprechen noch zahlreiche andere Gründe. Die enorme Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche, die Eingriffe in die Schutzgüter Boden und Wasser, die Beeinträchtigung geschützter Arten, die Belastung der Anwohner durch Lärm und Luftschadstoffe führen dazu, dass dieses Projekt nicht genehmigungsfähig ist.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Deswegen haben sich 68 % der Wählerinnen und Wähler, also eine überwältigende Zweidrittelmehrheit, beim Bürgerentscheid am 14. Juni dieses Jahres für einen Austritt des Landkreises Coburg aus der Projektgesellschaft VLP Coburg GmbH ausgesprochen und damit gegen den geplanten Verkehrslandeplatz am Standort Meeder-Neida gestimmt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Aufgrund der veralteten Zahlen und der nicht berücksichtigten Punkte sind die Bau- und die Planungskostenschätzungen viel zu niedrig angesetzt. Der geplante Neubau würde die ohnehin hoch verschuldete Stadt daher einem unkalkulierbaren Haushaltsrisiko aussetzen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wie bitte? Welche Stadt?)

Doch der Coburger Stadtrat hält in einer unbelehrbaren Allianz aus SPD und CSU trotz all dieser Sachargumente an diesen Plänen fest.

(Jürgen W. Heike (CSU): Oh!)

Die Unbelehrbarkeit gipfelte kürzlich in der undemokratischen Entscheidung, sich bis zum Jahr 2025 an die Projektgesellschaft zu binden und damit ein Bürgerbegehren auszubremsen, welches diesen Irrsinn stoppen wollte.

Doch die Stadt Coburg wird nicht nur von den Unternehmen in dieses Wagnis getrieben, nein, es sind auch die in Aussicht gestellten staatlichen Fördermittel von bis zu 15 Millionen Euro,

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig!)

die in dieses Wagnis locken. Wir fordern daher die Staatsregierung auf, den Bürgerwillen ernst zu nehmen und die in Aussicht gestellte Förderzusage zurückzuziehen.

Seit der Sommerpause ist ein weiteres Argument hinzugekommen; denn das zuständige Luftamt Nordbayern hält den geplanten Neubau aus luftrechtlichen Gründen für nicht genehmigungsfähig.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Über die Frage, mit welcher Rechtfertigung die CSU-Regierung die Entscheidung des zuständigen Luftamtes unterlaufen hat, werden wir morgen im Wirtschaftsausschuss weiter zu diskutieren haben.

Zum Schluss sage ich noch ein paar Sätze speziell in die Richtung der CSU-Fraktion. Es wundert überhaupt nicht, dass Sie sich von Sachargumenten nicht überzeugen lassen,

(Jürgen W. Heike (CSU): Schon wieder falsch!)

dass Sie sich über fachliche Entscheidungen staatlicher Behörden hinwegsetzen. Das machen Sie ja hier nicht zum ersten Mal, sondern es ist schon oft genug geschehen. Aber aufgrund Ihres machtpolitischen Instinkts müsste es Ihnen doch zu denken geben, dass dieses überwältigende Ergebnis des Bürgerentscheids von einem Bündnis aus Bund Naturschutz, Bürgerinitiativen, dem Bauernverband und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustande gebracht wurde. Da müssten eigentlich bei Ihnen die machtpolitischen Alarmglocken läuten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Es gibt keinen Bedarf. Das zuständige Luftamt Nordbayern hält dieses Projekt für nicht genehmigungsfähig, und die Menschen in der Region wollen es nicht. Stimmen Sie deswegen unserem Antrag zu. Ziehen Sie die Förderzusage für dieses Projekt zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Baumgärtner.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach einer solchen Wortmeldung ist es schon schwierig, ruhig zu bleiben. Wenn ich so etwas hier hören muss, habe ich wirklich schon wieder extrem hohen Blutdruck.

(Heiterkeit bei der CSU)

– Ja, das sage ich einmal. Ich will auch erklären, warum. Das Wichtigste in dieser Region sind Arbeitsplätze. Die große Aufgabe für uns ist es, die Unternehmen in dieser Region zu hegen und zu pflegen, weil es nämlich dort gar nicht so viele Arbeitsplätze gibt. Ich sage Ihnen eines: Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil wir glauben, der Verkehrslandeplatz in Coburg ist eine ganz wichtige infrastrukturpolitische Maßnahme.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie Zahlen bemühen, wäre es mir wichtig, dass Sie auch ehrlich argumentieren. Sie sprechen von 68 %, von einer überwältigenden Mehrheit. Die Wahrheit ist: Insgesamt waren 71.438 Bürgerinnen und Bürger aufgerufen zu wählen. Rund 24.600 haben an diesem Entscheid teilgenommen, etwa 16.400 haben sich für den Nichtverbleib in der Gesellschaft entschieden. Die Frage eines Verkehrslandeplatzes Coburg, ja oder nein, wurde nicht einmal gestellt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir den ländlichen Raum entwickeln wollen und wenn wir den Status quo erhalten wollen, dann ist es unabdingbar, dass wir Infrastruktur zur Verfügung stellen. Dabei geht es um Breitband, es geht um Straße, und es geht um Schiene, es geht aber auch um Luftinfrastruktur. In der Region Coburg sind unzählige Unternehmen mit Headquarters niedergelassen. Sie müssen zusehen, dass sie ihre Kunden just in time erreichen. Deswegen ist es wichtig, dass es dort eine Luftinfrastruktur gibt, die vor allem auch den Instrumentenflug ermöglicht. Sie wissen ganz genau: Wenn wir diese

Infrastrukturmaßnahme dort nicht verwirklichen, werden diese Unternehmen die Region verlassen. Ich kann Ihnen sagen: Uns wird es nicht gelingen, neue Unternehmen dort anzusiedeln.

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur eine Firma, die das will, sondern es sind Dutzende. Es sind über 40 aus den Landkreisen Coburg, Lichtenfels und Kronach. Im Übrigen ist es auch kein Neubau eines Verkehrslandeplatzes, sondern es ist ein Ersatzbau, weil die Brandensteinsebene nicht zu ertüchtigen ist. Auch das muss man wissen.

In einer Frage bin ich bei Ihnen, nämlich, was wir diesem Planeten noch zumuten können. Ich sage Ihnen, wir müssen das Notwendige tun, aber wir müssen Nein zu den Dingen sagen, die wir im Grunde nicht brauchen. Es bleibt dabei: Die CSU steht zu dieser wichtigen Verkehrsinfrastrukturmaßnahme. Sie wird dieser Region helfen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Kollege Roos hat als Nächster das Wort.

Bernhard Roos (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie meine Vorredner, Kollege Ganserer und Kollege Baumgärtner, könnte auch ich viele Argumente pro und natürlich auch viele Argumente kontra eine staatliche Förderung eines neuen Verkehrslandeplatzes in Coburg aufzählen. Genau das werde ich aber nicht tun, und zwar aus dem einfachen Grund, dass erhebliche rechtliche Bedenken und Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit eines Verkehrslandeplatzes bei Neida bestehen.

Aufgrund dieser noch offenen rechtlichen Fragen wird sich meine Fraktion, die SPD-Landtagsfraktion, zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten. Das sage ich ausdrücklich auch im Namen meiner Kollegin Susann Biedefeld, die aus dieser Region kommt.

So wurde bekannt, dass die Deutsche Flugsicherung das Gelände, auf dem der Verkehrslandeplatz geplant ist, aus Sicherheitsgründen für untauglich hält. Es reicht also nicht, nur irgendwo nachzubessern, sondern er ist untauglich. Der Grund ist folgender: Der im Süden des Geländes verlaufende Callenberger Forst, dessen Bäume die hindernisfreie Fläche durchdringen, stellt ein Sicherheitsrisiko für den Flugbetrieb dar. In einer Stellungnahme, die dem Luftamt Nordbayern vorliegt, spricht die Deutsche Flugsicherung daher von zwingenden Versagensgründen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Heike?

Bernhard Roos (SPD): Gerne. Ihn hält es sowieso nicht mehr auf seinem Platz.

Jürgen W. Heike (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Genau! Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass vor drei Wochen ein Gespräch mit dem Luftamt stattgefunden hat, in dem festgestellt worden ist, dass es nicht so ist, wie es Ihnen aus der Aktenlage wohl bekannt geworden ist? Das Luftamt hat inzwischen gesagt, dass die Bedenken zwar vorhanden sind, aber ausgeräumt werden können. Auf Deutsch gesagt, es ist nicht so, wie Sie es behaupten. Können Sie nachvollziehen, dass wir deshalb abwarten, bis das Luftamt wirklich entschieden hat?

Bernhard Roos (SPD): Herr Kollege, wenn Sie abwarten wollten, hätten Sie das besser auf sich selbst bezogen. Nicht verschränkte Arme sind notwendig; denn ich komme in meiner Rede jetzt durchaus auf diese Passage. Warten Sie es ab.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das alles von mir Zitierte hat das Luftamt Nordbayern im August dazu veranlasst, die Projektgesellschaft dazu aufzufordern, ihren Antrag auf Genehmigung eines Verkehrslandeplatzes bei Neida zurückzuziehen; ansonsten müsse man den Antrag ablehnen.

Zwar – nun kommt es, Ohren auf! – hat man sich beim Flugplatzgipfel mit Innenminister Herrmann darauf geeinigt, dass das Planfeststellungsverfahren weiterläuft und die

sicherheitsrechtlichen Aspekte nach der Vorlage eines weiteren Gutachtens noch einmal geprüft werden. Bis dahin gilt jedoch die Aussage der Deutschen Flugsicherung, wonach das Gelände bei Neida nicht für einen Verkehrslandeplatz geeignet ist.

Ich bin – bei aller Bescheidenheit – auch verkehrspolitischer Sprecher meiner Fraktion. Ich kann also ein bisschen über die Aktenlage hinaus mitschnabeln, Herr Kollege.

Wie es mit dem Gelände bei Neida weitergeht, ist somit noch offen, und aufgrund der derzeit unsicheren rechtlichen Situation werden wir uns bei der Abstimmung über den Antrag der GRÜNEN enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt ist der Kollege Glauber an der Reihe. Bitte sehr.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wie Bernhard Roos ausführte, ist es tatsächlich so, lieber Herr Heike, dass wir momentan durch das von der Deutschen Flugsicherung abgegebene Gutachten an das Luftamt Nordbayern nicht in der Lage sind, dem Flugplatz so wie geplant zuzustimmen. Es gibt eine klare negative Stellungnahme. Das bitte ich auch in der Region zu akzeptieren. Ich halte es für sehr fragwürdig zu sagen, wir werden politisch darauf Einfluss nehmen. Es ist ja kein beliebiges Gutachten, sondern es wurden ganz klare Sicherheitsbedenken geäußert. Und Sicherheitsbedenken politisch wegzuwischen, halte ich für sehr bedenklich.

Wir FREIEN WÄHLER sind der Meinung, wenn es eine Bürgerbeteiligung gibt, wie es im Landkreis Coburg der Fall war, und der Landkreis durch die Bürgerschaft aufgefordert wurde, aus der Projektgesellschaft auszusteigen, ist das ein klares Bekenntnis der Bürgerschaft im Landkreis Coburg.

Auch wenn der Stadtrat im Feriensenat und, wie auch jetzt rechtlich beurteilt, richtig gehandelt hat, stellt sich doch die Frage, ob eine Stadt wie Coburg angesichts ihrer

aktuellen Haushaltslage wirklich gut beraten ist, einen Luftlandeplatz in Neida in ihre Projektgesellschaft zu übernehmen.

Lieber Kollege Heike, Sie wissen als lokaler, vor Ort verantwortlicher Politiker, dass wir 30 bis 40 Millionen Euro avisierte Kosten haben. In Wirklichkeit werden aber aus verschiedenen Bereichen 75 Millionen bis 100 Millionen für diesen Verkehrslandeplatz genannt. Der Freistaat soll diese Region mit 15 Millionen unterstützen. Wir als FREIE-WÄHLER-Fraktion sagen: Ja, unterstützen Sie den Landkreis mit 15 Millionen Euro. - Wenn der Kollege Baumgärtner davon spricht, wie wichtig der Platz für die Infrastruktur oder für Arbeitsplätze in der Region ist, halte ich ihm entgegen, dass wir mit diesen 15 Millionen im Landkreis Coburg sehr viel Gutes tun könnten.

(Jürgen W. Heike (CSU): Was denn?)

Wir haben einen Verkehrslandeplatz an der Brandensteinsebene. Dieser Verkehrslandeplatz der Brandensteinsebene ist aktuell nicht instrumententauglich. Sie wissen genau, wenn wir die Anflugbefeuerung unter 420 Metern zulassen – das kann die Deutsche Luftfahrtgesellschaft; sie kann eine Anflugbefeuerung unter 420 Metern zulassen -, dann ist die Frage, welche Maschinen dort starten und landen müssen.

Wenn wir am Ende für eine Firma Brose explizit einen Flughafen bauen müssen, wenn gleichzeitig in Bamberg momentan die Maschinen starten und landen können, müssen wir uns fragen, ob wir alle die, die dort als Hobbyflieger gerne an der Brandensteinsebene zu Hause sind, wirklich nach Neida umsiedeln müssen. Dazu fehlt der Wille. Im Übrigen müssten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, doch eigentlich alle wissen, wie es uns in Hof ergangen ist. Wir haben für die Fluggesellschaft Cirrus Airlines 3 Millionen Euro jährlich aus Staatsmitteln an Hof bezahlt. Was ist am Ende mit Cirrus Airlines passiert? - Man hat die dort flugwilligen Bürger in Taxis gepackt und nach Frankfurt gefahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Hof einen Verkehrslandeplatz, der keine Akzeptanz erfährt. Sie bringen nun das Argument Arbeitsplätze. HUK-COBURG als

größter Arbeitgeber in der Region hat sich zu dem ganzen Verfahren nicht geäußert. HUK-COBURG hat sich sehr bedeckt gehalten. Sie werden also nur sehr wenige Argumente finden, die dafür sprechen, und mit den Arbeitsplätzen brauchen Sie schon gar nicht zu kommen.

Wir stehen klar an der Seite der Bürgerschaft. Neben den Sicherheitsaspekten und den wirtschaftlichen Aspekten einer Betreibergesellschaft gibt es noch viele weitere Argumente, die dagegen sprechen. Lassen Sie die 15 Millionen Euro in der Region, aber nehmen Sie Abstand von einem Verkehrslandeplatz bei Neida. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Herrmann das Wort erteilen. Bitte sehr.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will im Anschluss an einige Beiträge, die wir gerade gehört haben, nochmals festhalten, dass es sich um einen Antrag auf ein Genehmigungsverfahren aus der Region handelt. Es handelt sich nicht um ein Projekt der Staatsregierung, sondern die Stadt Coburg und der Landkreis Coburg haben mit jeweils großer Mehrheit in Stadtrat und Kreistag im Rahmen einer Projektgesellschaft, gefördert durch namhafte Unternehmen in der Region und wesentlich unterstützt von der IHK Coburg, gesagt: Wir wollen das;wir brauchen im Interesse der Unternehmen, die in der Region zu Hause sind, die Möglichkeit, auch im Instrumentenflug den Landeplatz anzufliegen. - Es geht nicht darum, dass der Staat einen Flugplatz baut. Es geht schon gar nicht darum, dass der Staat einen Flughafen betreibt. Mit all dem hat das überhaupt nichts zu tun. Es geht vielmehr um den Antrag einer Gesellschaft, die aus der Region heraus betrieben wird, einen neuen Landeplatz zu bauen. Wie gerade zu Recht angesprochen, ist der bisherige Platz für Instrumentenflug nämlich nicht mehr

geeignet. Das Bundesverkehrsministerium hat klar erklärt, auch aufgrund von europarechtlichen Bestimmungen ist eine weitere Ausnahmegenehmigung für den vorhandenen Landeplatz nicht mehr möglich. Das ist die Situation.

Grundsätzlich entspricht es den Zielsetzungen der Landesplanung, dass in jeder Planungsregion ein solcher Verkehrslandeplatz vorhanden ist. Das ist nicht als staatliches Vorhaben vorgegeben, sondern als Ziel der Regionalentwicklung. So steht das auch im Landesentwicklungsprogramm. Wenn sich die Region Oberfranken-West entscheidet, da wollen wir den Landeplatz haben, dann ist das zunächst einmal ein nachvollziehbares Anliegen. Dieses Anliegen ist im Hinblick auf die Arbeitsplätze und auf die großen Unternehmen, um die es da geht, für uns nachvollziehbar. Es geht um die regionale Wirtschaftskraft, und zwar wohlgemerkt in einer Region, in der die wirtschaftliche Prosperität nicht gerade überquillt. Darüber haben wir in diesem Hohen Haus in anderem Zusammenhang auch schon wiederholt gesprochen. Für das nördliche Oberfranken geht es um die Herausforderung, wie die Wirtschaftsstruktur gestärkt werden kann, wie wir die Ansiedlung von Arbeitsplätzen gestalten können, wie wir vorhandene Arbeitsplätze sichern können.

Vor diesem Hintergrund sagt die Staatsregierung ganz klar: Wenn das der Wirtschafts- und Verkehrsstruktur dienlich ist, dann sind wir seitens der Staatsregierung bereit, diesen Landeplatz zu fördern. Ich sage ausdrücklich: Wir haben eine Höchstsumme von bis zu 15 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Lieber Herr Ganserer, es wäre aber wirklich die Sache auf den Kopf gestellt, wenn behauptet würde, damit würden wir jemanden dorthin locken. Vielmehr sind die Antragsteller gekommen und haben gesagt, wie wichtig ihnen dieses Anliegen ist, und haben den Freistaat Bayern aus diesen strukturpolitischen Gründen um finanzielle Unterstützung gebeten. Wir haben das geprüft und vonseiten der Staatsregierung diesen Zuschuss in Aussicht gestellt.

Das setzt natürlich voraus, dass ein solcher Landeplatz überhaupt genehmigt wird. Das Genehmigungsverfahren hierzu ist eingeleitet worden. Dabei hat es bei der Prüfung der Unterlagen Probleme gegeben, was nicht überraschend war und immer wie-

der vorkommt. Daraufhin hat das Luftamt Nordbayern gesagt, es gibt Probleme im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit. Daraufhin haben mich die Antragsteller unmittelbar angesprochen, ebenso wie örtliche Mandatsträger inklusive des Landrats und des Oberbürgermeisters. Den hier Anwesenden ist in der Mehrzahl sicherlich bekannt, dass beide der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören.

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig!)

Ich sage das ausdrücklich auch für das Protokoll. Es handelt sich hier nicht um ein CSU-Vorhaben, sondern der Oberbürgermeister und der Landrat sind zu mir gekommen und haben gesagt: Herr Minister, Sie müssen sich darum kümmern, dass die Sache nicht danebenläuft. Daraufhin habe ich zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen. Dabei haben wir alles mit den zuständigen Behörden erörtert. Ich sage hier ausdrücklich, ich mische mich in die Abwägungsprozesse in keiner Weise ein. Ich habe mich darüber informiert, welche Argumente es gibt und wo die Probleme liegen. Die wurden dann vorgetragen. Die Antragsteller haben aufgezeigt, dass sie aus ihrer Sicht meinen, dass einige der angesprochenen Bedenken auszuräumen sind. Sie werden die Pläne überarbeiten und zu einigen Einwendungen Argumente vorlegen, weshalb das keine zwingenden Versagungsgründe sind.

Wir sind so verblieben, dass nun die Antragsunterlagen überarbeitet werden. Auf dieser Grundlage wird dann das Luftamt Nordbayern, das allein dafür zuständig ist, das Ganze noch einmal anschauen und überprüfen, ob das Vorhaben genehmigungsfähig ist oder ob Probleme auftreten. Wenn es rechtliche Möglichkeiten gibt - das ist bei dem einen oder anderen Punkt der Fall - wird geprüft, ob das Bundesverkehrsministerium Ausnahmegenehmigungen erteilen kann. Das alles ist heute aber in letzter Konsequenz noch nicht absehbar. Angesichts des dringenden Wunsches aus der Region und auch im Interesse der Arbeitsplätze in der Region wird geprüft, ob das Projekt in Angriff genommen werden kann. Ich denke, es lohnt sich, die Zeit dafür aufzuwenden und, wie wir das auch bei einem anderen Bauvorhaben machen würden, sorgfältig zu prüfen, ob das Projekt genehmigungsfähig ist.

Ich kann heute noch nicht sagen, zu welchem Ergebnis diese Prüfung führen wird, weil die neuen Unterlagen noch nicht vorliegen. Das wird aber vonseiten des Luftamtes Nordbayern sorgfältig abgewogen werden. Das ist der Sachverhalt. Vor diesem Hintergrund sage ich, am Schluss wird das Luftamt Nordbayern als Planfeststellungsbehörde eine unabhängige Entscheidung treffen. Falls sie positiv ausfällt, werden wir zu unserer Zusage stehen und das Ganze finanziell unterstützen. Das Projekt ist zweifellos wirtschaftlich strukturell für die Region von Vorteil. Es gibt Anwohner, die davon nicht begeistert sind. Das muss in die Abwägung entsprechend eingebracht werden. Das muss mit allen anderen Fragen, wie denen des Lärmschutzes, des Naturschutzes und des Flächenverbrauchs, ganz selbstverständlich in einem Planfeststellungsverfahren abgewogen werden.

Sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf den Standpunkt zu stellen, dass die Förderzusagen zurückgezogen werden sollen und dass wir uns von dem Projekt verabschieden sollen, halte ich für absolut falsch. Den Weg, der vor Ort eingeschlagen wurde, werden wir positiv begleiten. Ich werde dem Hohen Haus gern zum gegebenen Zeitpunkt über den weiteren Fortgang berichten. Ich bitte, den Antrag der GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.